

## INHALT

- Diskussion um Klinikfinanzierung geht weiter
- Bürgerversicherung soll zum Wahlkampf-Thema werden
- Selektivverträge fördern Wettbewerb um Versorgungsqualität
- Zahl der Ärzte nimmt weiter zu



## ■ AOK-Gemeinschaft schreibt neue Arznei-Rabattverträge aus

Die AOK-Gemeinschaft startet bundesweit eine neue Ausschreibungsrunde im patentfreien Arzneimittelmarkt: Sie hat dazu insgesamt weitere 64 Wirkstoffe mit einem Umsatzvolumen von 2,3 Milliarden Euro im Jahr 2007 zum Abschluss von **Einzelrabattverträgen** für die nächsten beiden Jahre benannt. Die Ausschreibung wurde im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht. Interessierte Pharmaunternehmen haben nun die Möglichkeit, ihre Angebote für jeden einzelnen Wirkstoff bis zum 6. Oktober 2008 bei der federführenden AOK Baden-Württemberg einzureichen. Nach Angaben von Dr. Christopher Hermann, stellvertretender Vorstandsvorsitzender der AOK-Baden-Württemberg und Verhandlungsführer der Gesundheitskassen für die Arzneimittel-Rabattverträge, ist neben der europaweiten Ausschreibung auch die Einteilung der Gesundheitskassen in fünf etwa gleich große Regionen, sogenannte Gebietslose (siehe Abbildung links), neu. Innerhalb der jeweiligen Region wird nach Angaben von Hermann ein Unternehmen den Zuschlag für einen Wirkstoff erhalten.

[www.aok-bv.de](http://www.aok-bv.de)

## ■ Gesundheitsfonds: Enger Zeitplan für die Krankenkassen

Die Krankenkassen werden die für ihre Haushaltsplanungen relevanten Informationen erst sechs Wochen vor der geplanten Einführung des **Gesundheitsfonds** erhalten. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion hervor. Es sei davon auszugehen, dass die Daten spätestens bis zum 15. November 2008 in vollem Umfang zur Verfügung stünden. Dabei geht es unter anderem um die Höhe des Einheitsbeitrages, die Zuweisungen aus dem neuen **morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleich** und die Ausgestaltung des neuen Krankenkassen-Insolvenzrechtes. In ihrer Antwort lehnt die Regierung zugleich den Vorschlag einer Testphase für den Gesundheitsfonds ohne einheitlichen Beitragssatz ab. Dazu bestehe keine Notwendigkeit.

## ZUR PERSON I



Die sächsische CDU-Landtagsabgeordnete **Christine Ursula Clauss** wurde zur neuen Sozialministerin des Freistaats berufen. Vorgängerin **Helma Orosz** hat Anfang August das Amt der Oberbürgermeisterin von Dresden angetreten.



**Professor Stefan Winter**, bisher Staatssekretär im nordrhein-westfälischen Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales, wurde auf eigenen Wunsch in den einstweiligen Ruhestand versetzt. Der Mediziner hatte nach Differenzen mit Ressortchef **Karl-Josef Laumann** und Ministerpräsident **Jürgen Rüttgers** über den künftigen Nichtraucherschutz in Gaststätten als Konsequenz aus einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts über Ausnahmen vom Rauchverbot in Kneipen um seine Entlassung gebeten.

Mit Verlinkung zum AOK-Lexikon „Stichwort: Gesundheitswesen“

## ZUR PERSON II



**Professor Ulrich Wenner**, seit 1995 Richter am Bundessozialgericht, wurde zum „Vorsitzenden Richter“ berufen. Er leitet jetzt den für Vertrags(zahn)arztrecht zuständigen 6. Senat des höchsten deutschen Sozialgerichts.



**Kirsten Müller-Kuhl** ist neue Pressesprecherin des Apothekerverbandes Rheinland-Pfalz. Diese Funktion hat sie zusätzlich zu ihrer Aufgabe als Pressesprecherin und Leiterin Marketing und Kommunikation des Hessischen Apothekerverbandes übernommen. In früheren Jahren war sie Pressereferentin bei der Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände (ABDA).

**Cord Bartels** wurde neuer Technischer Geschäftsführer der gematik – Gesellschaft für Telematikanwendungen der Gesundheitskarte mbH.

## ■ Politische Diskussion um die künftige Krankenhausfinanzierung geht weiter

Vorerst nicht durchsetzen kann sich Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt mit ihrem Plan, die Länder zur Zahlung einer Investitionspauschale für die **Krankenhäuser** zu verpflichten. Damit wollte die SPD-Politikerin eine regelmäßige Summe für Bauvorhaben und Anschaffungen von Kliniken sicherstellen. Die Ressortchefin hatte zuvor auf der 81. Konferenz der Landesgesundheitsminister kritisiert, dass die Länder ihren Investitionsverpflichtungen im stationären Bereich nur unzureichend nachkämen. Ebenfalls auf Ablehnung stieß auf der Konferenz Schmidts Plan, Kassen und Kliniken die Möglichkeit zum Abschluss von Einzelverträgen zu geben. Die Bundesgesundheitsministerin hatte zudem angestrebt, dass innerhalb von fünf Jahren medizinische Eingriffe überall in Deutschland gleich vergütet werden. Dafür sollte ein einheitlicher **Bundes-Basisfallwert** geschaffen werden. Die Länder fordern nun, dass zunächst eine Arbeitsgruppe dazu eingerichtet wird und die Angleichung frühestens 2010 startet. Schmidt hatte außerdem angeboten, dass ein Teil der Tarifsteigerungen der Kliniken in diesem und im nächsten Jahr von den Krankenkassen übernommen werden sollte. Zudem sollte neben dem Sparbeitrag der Kliniken für die Kassen Anfang nächsten Jahres auch die Deckelung der Krankenhauspreise abgeschafft werden. Insgesamt kämen den Kliniken durch Schmidts Vorschläge rund drei Milliarden Euro zugute. Inzwischen wurde bekannt, dass der Referentenwurf für ein „Gesetz zum ordnungspolitischen Rahmen der Krankenhausfinanzierung“ vom Bundeskanzleramt vorerst wegen inhaltlicher Abweichen von Koalitionsabsprachen gestoppt wurde.

[www.aok-bv.de/presse/infos/index\\_14766.html](http://www.aok-bv.de/presse/infos/index_14766.html)

## ■ Bürgerversicherung soll erneut Wahlkampfthema werden

Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt will im nächsten Wahlkampf „auf jeden Fall“ wieder auf das Thema **Bürgerversicherung** setzen – sowohl in der Pflege- als auch in der Krankenversicherung. Die Bundesrepublik leiste sich eine Trennung der Systeme wie kaum ein anderes Land nach Status, Risiken und Geld. Für die SPD-Politikerin ist das überholt, sagte sie in einem Interview mit der Zeitung „Das Parlament“. Zugleich bedauerte die Ressortchefin, dass nicht bereits mit der zum 1. Juli in Kraft getretenen Pflegereform ein Systemwechsel hin zu einer Bürgerversicherung erreicht worden sei. Schon heute sei der jüngste Zweig des sozialen Sicherungssystems eine Volksversicherung, bei der es keinen Unterschied zwischen den Leistungen für gesetzlich und privat Versicherte gebe. Dagegen klaffe auf der Einnahmeseite eine riesige Ungerechtigkeitslücke. Würden alle Bürger 1,95 Prozent von ihrem Einkommen in die gesetzliche Pflegeversicherung zahlen, würde es bei dem jetzigen Leistungsumfang bis weit in das Jahr 2030 hinein finanzielle Sicherheit geben.

## ■ Selektivverträge fördern den Wettbewerb um Versorgungsqualität

Nach Ansicht von Dr. Herbert Reichelt, stellvertretender Vorstandsvorsitzender des AOK-Bundesverbands, verabschiedet sich die Politik immer mehr vom **Vertragswettbewerb**. So laufe beispielsweise die Anschubfinanzierung bei der Integrierten Versorgung ersatzlos aus. Auch beim derzeit vorliegenden Referentenentwurf zum Krankenhaus-Ordnungsrahmen suche man vergeblich nach wettbewerblichen Elementen. Ein weiteres Indiz für seine These sieht Reichelt in den bekannt gewordenen Überlegungen der Politik zur hausärztlichen Versorgung. Für Krankenkassen sei es nicht nachvollziehbar, wenn die Politik mit dem Instrument der Selektivverträge neue Wege im Bereich ambulanter Versorgung eröffne, anschließend aber quasi einen Einzelvertrag mit **Kontrahierungszwang** einführen wolle, der de facto zu einer neuen Monopolsituation führe. Dabei würde lediglich der Verhandlungspartner ausgetauscht und statt der Kassenärztlichen Vereinigungen die Hausärzterverbände am Tisch sitzen. Die AOK-Gemeinschaft wolle stattdessen ihre Vertragspartner im Interesse der Versicherten nach Qualitätsanforderungen auswählen können. Dafür existierten auf regionaler Ebene gute Vorbilder.

 [www.aok-bv.de/lexikon/s/index\\_11517.html](http://www.aok-bv.de/lexikon/s/index_11517.html)

## ■ Allen Klagen zum Trotz mehr Patente der deutschen Arzneimittelhersteller

Die deutsche Pharmabranche macht in der Entwicklung von neuen Medikamenten wieder Boden gut. Die Zahl der Patentanmeldungen in diesem Sektor habe in den letzten Jahren stärker zugenommen als an anderen Pharmastandorten, heißt es in einer gemeinsamen Studie der Unternehmensberatung

### KOMMENTAR

*In Deutschland gehört Jammern auf hohem Niveau zum guten Ton bei der Vertretung wirtschaftlicher Interessen. Da macht die pharmazeutische Industrie keine Ausnahme. Doch die jüngsten Aussagen einer renommierten Unternehmensberatung und eines angesehenen Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts sprechen eine andere Sprache. Wer mehr Geld in die Forschung investiert und zudem auch verstärkt Patente anmeldet, macht das nicht uneigennützig – die Arzneimittelbranche rechnet sich in Wahrheit gute Chancen auf höhere Gewinne aus. Das spricht für Deutschland als Pharmastandort und widerlegt zugleich die angeblich weit verbreitete Skepsis der Branche. (JB)*

Pricewaterhouse Coopers und des Hamburgischen Weltwirtschafts-Instituts. Dies könne als „Frühindikator“ für die Innovationsfähigkeit angesehen werden. Laut Studie gilt die Bundesrepublik inzwischen erstmals seit Jahren wieder als führender europäischer Standort für die klinische Forschung. Firmenvertreter hatten bisher stets gewarnt, dass Deutschland im globalen Standortwettbewerb aufgrund der politischen Rahmenbedingungen zurückfallen werde. Nahezu zeitgleich meldet auch der Verband der forschenden Arzneimittelher-

steller verstärkte Forschungsaktivitäten seiner Mitgliedsunternehmen. In der klinischen Forschung nehme Deutschland im europäischen Vergleich seit 2007 erstmals wieder eine Spitzenstellung ein vor Großbritannien.

 [www.hwwi.org](http://www.hwwi.org)



## Vorschau...

Wegen der Sommerpause erscheint die nächste Ausgabe von „Gesundheit und Gesellschaft“ Mitte September.



### Berliner Gesundheitspreis 2008

Noch bis zum 30. September dieses Jahres können sich innovative Projekte zur Verbesserung der Arzt-Patientenbeziehung und der Therapietreue um den Berliner Gesundheitspreis 2008 bewerben.

Initiatoren des mit insgesamt 30.000 Euro dotierten Preises sind die AOK Berlin, die Ärztekammer der Bundeshauptstadt und der AOK-Bundesverband.

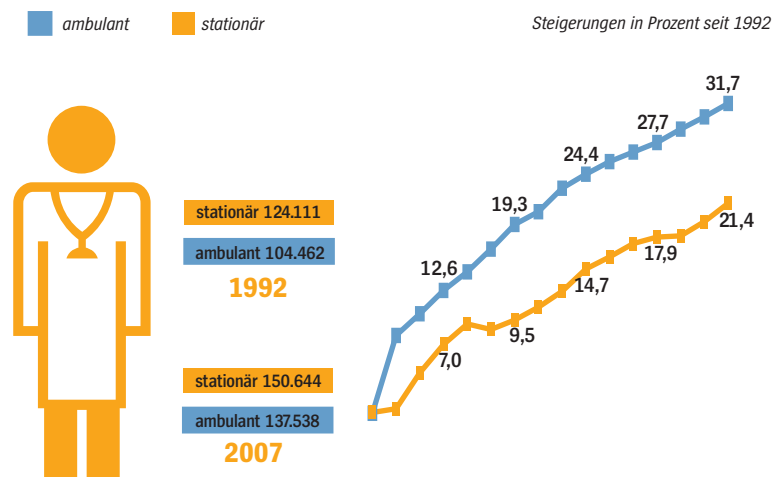
[www.berliner-gesundheitspreis.de](http://www.berliner-gesundheitspreis.de)



Vom Rhein an die Spree siedelt zum 15. Oktober dieses Jahres der AOK-Bundesverband mit allen Abteilungen. Zu diesem Zeitpunkt vollzieht auch der KomPart-Verlag diesen Wechsel. Die neue Adresse lautet dann ab Mitte Oktober: Rosenthaler Strasse 31, 10178 Berlin.

[www.aok-in-berlin.de](http://www.aok-in-berlin.de)

## Immer mehr Ärzte in Deutschland



Grafik: AOK-Mediendienst; Quelle: Bundesärztekammer

In den vergangenen 15 Jahren ist die Zahl der Klinikärzte in Deutschland um 21,4 Prozent, die der ambulant tätigen Mediziner sogar um 31,7 Prozent gestiegen. Waren zum Stichtag 31. Dezember 1992 noch insgesamt 124.111 Krankenhausärzte bei den Ärztekammern registriert, so hat sich ihre Zahl bis Ende vergangenen Jahres auf 150.644 erhöht. Im gleichen Zeitraum stieg bei nahezu konstantem Bevölkerungsumfang die Zahl der ambulant tätigen Ärzte von 104.462 auf 137.538. Damit entfielen im Dezember 2007 durchschnittlich 261 Einwohner auf einen Mediziner. Das Verhältnis betrug 15 Jahre zuvor noch 321 : 1.

## An Chroniker-Programmen teilnehmende Diabetes-Patienten leben länger

Bei Patienten mit Diabetes mellitus Typ 2, die an einem strukturierten **Behandlungsprogramm (DMP)** teilnehmen, gibt es deutlich weniger Todesfälle als bei Kranken, die sich nicht in ein solches Programm eingeschrieben haben. Das belegen Ergebnisse der bundesweit ersten kontrollierten Studie zum Vergleich zwischen DMP-Teilnehmern und Patienten in der Regelversorgung, die von der Abteilung Allgemeinmedizin und Versorgungsforschung am Universitätsklinikum Heidelberg in Kooperation mit dem AOK-Bundesverband erstellt wurde. Die Daten der Patienten waren über einen Zeitraum von zweieinhalb Jahren beobachtet worden. Nach den ersten Endergebnissen der Studie lag die Sterblichkeitsrate bei den älteren Diabetikern im DMP mit 10,9 Prozent deutlich niedriger als bei den Patienten in der Regelversorgung mit 18,8 Prozent.

[www.aok-bv.de/presse/veranstaltungen/index\\_15108.html](http://www.aok-bv.de/presse/veranstaltungen/index_15108.html)

### IMPRESSUM

G+G-Blickpunkt

Herausgeber: AOK-Bundesverband, Kortrijker Straße 1, 53177 Bonn

Verantwortlich: Dr. Hans Jürgen Ahrens

Redaktion: KomPart Verlagsgesellschaft mbH & CoKG

Verantw. Redakteur: Jürgen Becker, j.becker@kompart.de  
Telefon 0228-849000, Telefax 0228-84900-20